



Koalition der neuen Möglichkeiten

CDU/CSU und SPD werden in Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition unter Führung der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel eintreten.

Das beschlossen die Spitzengremien von CDU/CSU und SPD auf Basis der bisher geführten Spitzen- und Sondierungsgespräche. „Wir stehen an einer entscheidenden

Weggabelung“, betonte Angela Merkel nach den Gremiengesprächen. „Wir wollen eine Koalition der neuen Möglichkeiten. Wir stellen uns dieser Aufgabe mit voller Überzeugung,“ erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands. Die Politik müsse jetzt vor allem dafür Sorge tragen, dass die Voraussetzungen für neue ▶

INHALT

„Soviel wie möglich von unserem Programm umsetzen“

Interview mit Generalsekretär Volker Kauder

Seite 3–4

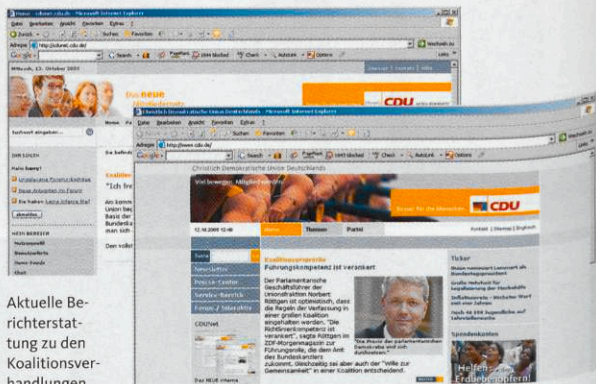
Volker Kauder:
Erster Bundesparteitag vor 55 Jahren – ein Rückblick

Seite 5–7

► Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Stellen gesichert werden können. Beide Seiten seien zum Erfolg verpflichtet.

Nach einer Vereinbarung aus den Spitzengesprächen stellt die Union die Bundeskanzlerin, den Kanzleramtsminister, sowie die Leitungen der Ministerien für Wirtschaft und Technologie, Verteidigung, Innen, Familie, Bildung/ Forschung und Landwirtschaft/ Verbraucherschutz. Die SPD stellt die Leitungen von acht Ministerien. Angela Merkel bezeichnete die Zuordnung der Ministerien als „fair und gerecht“. „SPD und Union sitzen mit der gleichen Zahl am Kabinetttisch“, sagte die Kanzlerkandidatin der Union. Das Amt des Kulturstaatsministers bleibe im Kanzleramt angesiedelt, kündigte Angela Merkel an. Die Entscheidung, mit wem die Ämter besetzt werden, liege bei den jeweiligen Parteien. Außerdem werde die Union als stärkste Fraktion im Bundestag auch den Bundestagspräsidenten stellen.

Auch erste inhaltliche Vereinbarungen wurden bei



Aktuelle Berichterstattung zu den Koalitionsverhandlungen auf www.cdu.de. Zusatzinformationen auch im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdu.net.de.

den Sondierungsgesprächen getroffen. Die in den Spitzengesprächen zwischen CDU/CSU und SPD beschlossene Grundsatzvereinbarung sieht vor, dass ab 2010 ein Anteil von mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich in Forschung und Entwicklung investiert werden soll. Darüber hinaus hielten die Koalitionspartner betriebliche Bündnisse für Arbeit für notwendig, über deren Ausgestaltung mit den Tarifparteien gesprochen werden solle. Weiterhin soll das Einkommensteuerrecht vereinheitlicht werden – Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge

sollen aber steuerfrei bleiben. Schließlich soll sowohl über einen gleichen steuerlichen Grundfreibetrag für Eltern und Kinder als auch über die Einführung eines Elterngeldes gesprochen werden. Alles andere werde in den Verhandlungen geklärt, sagte Merkel.

„Wir wollen aus der Koalition etwas für die Menschen in unserem Land machen“, sagte Merkel. Die anstehenden Koalitionsverhandlungen bedeuteten „sehr viel Arbeit“. Aber sie habe den festen Willen, die Chancen einer großen Koalition zu sehen. „Ich freue mich darauf!“

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhäferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Interview mit dem Generalsekretär

So viel wie möglich von unserem Programm umsetzen

UId: Herr Kauder, Bundesvorstand und Präsidium haben einstimmig beschlossen, Koalitionsgespräche mit der SPD aufzunehmen. Eine erste wichtige Hürde auf dem Weg ins Kanzleramt hat die Union genommen. Sind Sie mit dem bisherigen Verhandlungsverlauf mit den Sozialdemokraten zufrieden?



Generalsekretär Volker Kauder

Volker Kauder:

Nach den Verhandlungen mit der SPD steht fest: Die Union stellt die Bundeskanzlerin, sieben Minister und als stärkste Fraktion den Bundestagspräsidenten. Jetzt ist inhaltlich wichtig: Wir wollen soviel wie möglich von dem umzusetzen, was wir im Regierungsprogramm beschlossen haben. Gerade im Bereich der Belebung des Arbeitsmarktes wird das nicht einfach sein. Für die Koalitionsverhandlungen gilt: Was dem Land nützt, das machen wir. Was dem Land schadet, das unterlassen wir. In den notwendigen Kompromissen müssen die Vorteile die Nachteile überwiegen.

UId: Viele Kommentatoren sprechen von einer „Zwangsehe“ statt von einer „Liebesheirat.“ Muss man nicht befürchten, dass die Koalitionspartner sich eher blockieren statt gemeinsam an einem Strang zu ziehen?

Volker Kauder:

Ich glaube, dass eine Große Koalition auch eine große Chance für unser Land sein kann. Angela Merkel spricht nicht umsonst von einer „Koalition der neuen Möglichkeiten“. Ich nenne nur das Stichwort „Föderalismusreform“. Hier können wir jetzt Wege gehen, die vorher nicht möglich waren.

UId: Kann denn bei so gegensätzlichen Programmen mehr herauskommen, als nur der kleinste gemeinsame Nenner?

Volker Kauder:

Zunächst müssen wir sehen: Der Wähler hat entschieden, dass aus den Hauptgegnern des Wahlkampfes Partner einer Koalitionsregierung werden müssen. Damit tun wir gut daran, nach dem Verbindenden zu suchen und nicht das Trennende in den Vordergrund zu stellen. Dazu sehe ich mich gegenüber dem Wähler verpflichtet. Alles ist auf dem Verhandlungstisch. Wenn wir uns mit der SPD auf gleiche Ziele verständigen können,

dann fällt das Ringen um den gemeinsamen Weg leichter. Nach den Sondierungsgesprächen bin ich zuversichtlich, dass gemeinsame Zielvorstellungen bei Union und SPD vorhanden sind: Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit stärken, Arbeitsplätze sichern, neue Arbeitsplätze schaffen.

UiD: *Der CDU fehlt das Finanzressort. Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, dass die SPD das Finanzministerium besetzen wird. Ist es sinnvoll, dass ein wichtiges Querschnittsministerium in die Verantwortung des kleineren Koalitionspartners geht?*

Volker Kauder:

Auch andere Ministerien sind Querschnittsministerien. So hat die Union zum Beispiel das Wirtschaftsressort ergänzt durch die Technologiekompetenz. Das ist ein wichtiges Gestaltungssressort mit Zukunftsthemen. Aber natürlich ist jede Ressortverteilung in einer Koalition ein Kompromiss. Das liegt noch dazu bei fast gleichstarken Fraktionen in der Natur der Sache. Ich bin mit der Aufteilung der Ministerien unter dem Strich sehr zufrieden.

UiD: *Am Kabinetttisch werden 8 Minister von der SPD und 6 aus dem Unionslager sitzen ...*

Volker Kauder:

... plus Kanzleramtsminister und Bundeskanzlerin. Das macht ein Verhältnis von 8 zu 8. Damit die Dinge in der Regierungspraxis zügig vorankommen, werden wir einen Koalitionsausschuss einrichten, in dem sich die Partner in grundsätzlichen Angelegenheiten abstimmen und im Konfliktfall Konsens schaffen. Und wenn jemand bewiesen hat, dass sie tragbare Kompromisse schmieden kann, dann ist das unsere Parteivorsitzende. Ich bin zuversichtlich, dass sich die Koalitionspartner an alle bewährten Regeln halten werden.

UiD: *Halten Sie es für möglich, dass die Koalitionsverhandlungen scheitern?*

Volker Kauder:

Wir nehmen die Verhandlungen jetzt auf und haben den festen Willen, diese auch zum Erfolg zu führen. Wir werden versuchen, so viel von unseren Konzepten wie möglich durchzusetzen, damit es den Menschen in diesem Land wieder besser geht. Aber, auch hier sei

noch einmal darauf verwiesen, dass in jeder Koalition – ob mit der FDP oder mit der SPD – Kompromisse gefunden werden müssen. Ideen und Vorschläge der Sozialdemokraten, die Deutschland weiter schwächen und den Verlust von Arbeitsplätzen nicht stoppen würden, wird die CDU nicht mittragen. Auch bei den sozialen Sicherungssystemen werden wir dafür kämpfen, dass zukunftsfähige Konzepte beschlossen und umgesetzt werden. Wenn wir wie bisher unsere Geschlossenheit behalten, wofür ich dankbar bin, sind wir auch in den Verhandlungen stark.

UiD: *Herr Kauder, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

WAHLTERMINE 2006

26. März

- Landtagswahlen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt
- Kommunalwahlen Hessen

Herbst

- Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern
- Kommunalwahlen Niedersachsen
- Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen Berlin

Erster Bundesparteitag vor 55 Jahren – ein Rückblick

von Volker Kauder



Generalsekretär Volker Kauder

Die Überschrift mag Verwirrung stiften. Haben wir nicht erst unlängst, nämlich im Juni, den 60. Geburtstag der CDU gefeiert?

Richtig. Wenige Wochen und Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor 60 Jahren entstanden überall in Deutschland unabhängig voneinander örtliche Gründungen einer neuen politischen Partei, die sich auf das christliche Verständnis vom Menschen als Richtschnur ihrer Politik berief. Solche Gründungskreise gab es in Würzburg und München, in Frankfurt am Main, in Braunschweig, Hannover und Oldenburg, in Sachsen und Mecklenburg, in Bremen und Schleswig-Holstein und in Köln und Berlin. Erst fünf Jahre später erfolgte dann die formelle Gründung der Bundespartei der CDU.

Die Menschen, die 1945 die CDU begründeten, einte eine zentrale politische Idee: Es war die aus dem Erlebnis der Diktatur gewonnene Einsicht, dass nur der Rückgriff auf christliche Grundwerte eine humane, freiheitliche und demokratische Gesell-

schaft gewährleisten könne. Während SPD, FDP und KPD Wiederbegründungen von Parteien der Weimarer Zeit waren, stellte die CDU (und mit ihr die CSU) die erste und einzige politische Innovation der Nachkriegszeit von Dauer dar.

Deutschland war 1945 ein von den Alliierten besetztes Land; politische Betätigung wurde erst nach und nach wieder erlaubt und blieb zunächst auf örtliche oder regionale Aktivitäten beschränkt. Immerhin: die CDU entwickelte sich rasch zu einer politischen Kraft, deren Ziele starken Rückhalt in der Bevölkerung fanden. So errang sie zum Beispiel bei den Kommunalwahlen

im Eichsfeld im Herbst 1946 rund 68 Prozent!

In den ersten Landesparlamenten ab 1946 stellte die CDU fast 40 Prozent der Abgeordneten. In Bayern, Süd-Württemberg, Süd-Baden, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und vorübergehend auch in Schleswig-Holstein kam der Ministerpräsident aus den Reihen der Union.

In den Folgejahren förderten die Westalliierten eine immer engere politische Zusammenarbeit ihrer Besatzungszonen in allen Bereichen. Es entstand zunächst die amerikanisch-britische „Bizone“ und später unter Einschluss der französischen Zone die „Trizone“. Entscheidendes politisches Steuerungsinstrument dieser Zonen war der Wirtschaftsrat in Frankfurt, der sich aus Abgeordneten der Länderparlamente in den Zonen zusammensetzte. Hier wirkte mit großem Erfolg Ludwig Erhard als „Direktor für Wirtschaft“. Als ihm die Amerikaner vorwarfen, er sei von den wirtschaftspolitischen Vorga-

ben der Besatzungsmächte abgewichen, gab er selbstbewusst zur Antwort: „Ich bin von Ihren Vorschriften nicht abgewichen - ich habe sie abgeschafft!“

Die Berliner Blockade von 1948 bestärkte die Westalliierten in ihrem Vorhaben, die Gründung einer deutschen Staatsorganisation auf dem Gebiet ihrer drei Zonen voranzutreiben. Am 1. September 1948 trat in Bonn der aus den Landtagen heraus gebildete „Parlamentarische Rat“ zusammen, der eine vorläufige Verfassung erarbeiten sollte. Dessen Präsident wurde Konrad Adenauer.

Am 15. August 1949 fand die Wahl zum 1. Deutschen Bundestag statt. Die CDU/CSU, die ihren Wahlkampf vor allem mit der Erhard'schen Konzeption der So-

zialen Marktwirtschaft geführt hatte, wurde mit 31 Prozent der Stimmen stärkste Partei im neuen Parlament.

Damit stellte sich auch die Frage einer eigenständigen Organisationsform der CDU auf der Ebene des Bundesstaates. Die CDU hat es sich mit dieser Frage nicht leicht gemacht. Durch Herkunft, Prägung und politische Praxis war sie damals eine Partei,

die sehr stark in den Regionen und Ländern verwurzelt war. Die CDU ist bis heute eine stark föderal orientierte Partei geblieben. Der Wunsch, auch auf der staatlichen Ebene der neuen „Bundesrepublik Deutschland“ mit einer Organisationsstufe der Partei vertreten zu sein, war schon alleine deshalb nicht sehr ausgeprägt, weil die neue staatliche Ebene des Bundes nicht das ganze Deutschland und somit nur eine vorläufige Ordnung sein konnte.

Seit 1947 bestand die „Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutsch-

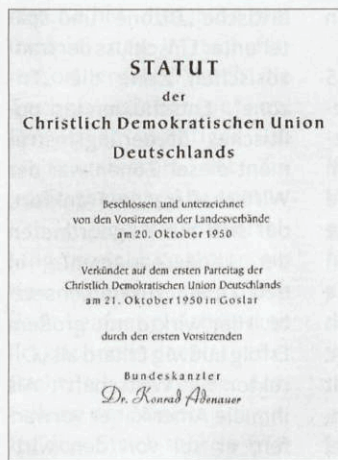


Im Odeon-Theater in Goslar fand 1950 der erste CDU-Bundesparteitag statt

Fotos: Konrad Adenauer-Stiftung

lands“, die einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer Bundesorganisation darstellte. Sie war keine Partei im eigentlichen Sinne, wohl aber ein zunehmend umfassender werdendes Aktionsinstrument, das für einen geschlossenen Auftritt der Union in der Öffentlichkeit Sorge trug. Die Arbeitsgemeinschaft richtete in Frankfurt/Main ein Generalsekretariat ein, das als Vorläufer der heutigen Bundesgeschäftsstelle in Berlin gelten darf.

Zur Gründung einer rechtsförmlichen „CDU Deutschlands“ kam es dann am 11. Mai 1950 in Königswinter am Rhein. Vertreter



Das Deckblatt des ersten Statuts



Nach seiner Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden dankte Bundeskanzler Konrad Adenauer den Delegierten für ihr Vertrauen

aller Landesverbände des Bundesgebietes und aus Berlin (West) waren dort zu sammengekommen, um die CDU als Gesamtpartei zu gründen. Zum vorläufigen Bundesvorsitzenden wurde auf Vorschlag des Landesverbandes Hessen Dr. Konrad Adenauer gewählt, der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone. Unbedingt festgehalten werden muss

im Gedächtnis der Partei, dass man damals Vertreter der deutschen Gebiete unter fremder Verwaltung und der sowjetisch besetzten Zone in die Führungsgremien der Bundespartei kooptierte; die CDU ist nicht erst seit 1990 die Partei der nationalen Einheit. Nach Bildung der Exil-CDU nahm deren Vorsitzende diese Vertretungsaufgabe war; bis 1990

gehörte er jeweils kraft Statut dem Bundesvorstand an. Die neue Bundespartei führte vom 20. bis 22. Oktober 1950 ihren ersten Bundesparteitag in Goslar durch. Eine der wichtigsten Aufgaben dieses Parteitages war die Wahl eines demokratisch legitimierten Vorstandes. Zum neuen Bundesvorsitzenden wählten die Delegierten Bundeskanzler Konrad Adenauer, Stellvertreter wurden Jakob Kaiser und Friedrich Holzapfel. Das Generalsekretariat wurde von Frankfurt nach Bonn, dem neuen Sitz der „neuen“ Partei verlegt.

Im Juni 1956 schloss sich die CDU des Saarlandes der Bundespartei an, Anfang Oktober 1990 folgten dann die Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Ostteil Berlins.

In der Einleitung zum Protokoll des Goslarer Parteitages heißt es: „Alle echte Politik kann nur aus festen weltanschaulichen Grundsätzen betrieben werden, wenn sie nicht im Weg und in den Zielen irren will.“ Dieser Satz beschreibt präzise den geistigen Konstruktionspunkt der CDU Deutschlands. Dieses Verständnis wird die CDU auch für die Zukunft als kostbares Erbe bewahren.

UNION IN DEUTSCHLAND

Internationaler Rat der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)
Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettendorferstraße 54 - Fernruf 7712877/300/76264
Zustellort: Postfach 10 15 50, D-6000 Frankfurt a. M. Nr. 99167
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands e.V. Postfach 10 15 50, D-6000 Frankfurt a. M. Nr. 99167
Herausgeber: Deutsche Bank Frankfurt a. M. Nr. 105739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 99099

Nr. 63 4. Jahrgang Frankfurt a. M., 25. Oktober 1950 Seite 1

3. Sondernummer Parteitag 1950 Goslar

C. e. CDU Deutschlands

Der erste gesamtdeutsche Parteivorstand

Nach Wahl des I. Vorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter durch den Parteitag und der übrigen Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter durch den Parteitag hat der Vorstand der CDU Deutschlands folgende Zusammensetzung:

<p>I. Vorsitzender: Stellvertreter des Vorsitzenden: Vorstandsmitglieder: Ernst Baas, Siegen/Westfalen — Schatzmeister Anton Dinkel, Freiburg (Schiffaden) Marie Groll, Hamburg (Frassenaustraße) Werner Hilpert, Wehrhahn (Hessen)</p>	<p>Dr. Konrad Adenauer Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser Stellvertreter: Friedrich Heurich, Karlsruhe (Nordbaden) Franz Heiler, Marburg (Frassenaustraße) Heinrich Königsmann, Frankfurt am Main (Hessen)</p>
--	--

Der UID vor 55 Jahren

Ländervergleich

Unionsgeführte Bundesländer in der Wirtschaftsdynamik vorn

Sachsen ist das Land mit der größten Wirtschaftsdynamik. Dies ist das Ergebnis des Bundesländerrankings der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche. Unter den besten acht Bundesländern finden sich sieben unionsgeführte Länder.

Die Studie bewertete die Wirtschaftsdynamik zwischen 2002 und 2004. An der ersten Stelle rangiert das bis September 2004 von der Union allein regierte Bundesland Sachsen. Ebenfalls vorne dabei sind die unionsgeführten Länder Niedersachsen, Bayern, Saarland, Hamburg, Thüringen und Baden-Württemberg. Lediglich das sozial-liberal regierte Rheinland-Pfalz schafft eine Platzierung in der Spitzengruppe.

Die zweite Tabellenhälfte führt Sachsen-Anhalt an. Danach folgen die bis 2005 SPD-geführten Länder Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen vor Hessen, Bremen und Brandenburg. Am Ende der Tabelle stehen die rot-rot regierten Länder Ber-

lin und Mecklenburg-Vorpommern.

Dass es dort, wo die Union regiert, besser läuft, hat besonders deutliche Auswirkungen in den neuen Ländern. Hier gibt es de facto eine Zweiteilung: dem starken Süden mit den dynamischen Ländern Sachsen und Thüringen stehen mit Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie Berlin wirtschaftlich schwächere Räume gegenüber. Lediglich dem CDU-geführten Sachsen-Anhalt wird eine überdurchschnittliche Wirtschaftsdynamik bescheinigt.

Fazit: Die Ergebnisse der Politik von CDU und CSU können sich sehen lassen. Bis auf Rheinland-Pfalz ist die wirtschaftliche Dynamik in unionsgeführten Ländern besser als in SPD-geführten Ländern. Auch im Bestandsranking liegen die CDU-geführten Länder weiterhin vorn.

Die vollständige Studie finden Sie unter: http://www.chancenfueralle.de/Interaktiv/Bundeslaenderranking_2005.html.

Bessere Afrika-politik – Nicht nur abschieben, sondern Afrika anschieben

Die dramatischen Bilder der afrikanischen Flüchtlinge an den Grenzen der spanischen Enklave Melilla führen uns auch das Scheitern unserer und der europäischen Afrikapolitik vor Augen. Diese muss sich deutlich verbessern.

Die EU darf nicht bloß die Mauern der Festung Europa erhöhen, sondern sie muss die Ursachen solcher Flüchtlingsströme in Afrika bekämpfen. Die Aufgaben müssen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Union endlich klar verteilt, und der politische Druck auf die Regierungen der afrikanischen Staaten muss erhöht werden. Nur so können wir in Afrika gute Regierungsführung und den Aufbau einer selbsttragenden Wirtschaft nachhaltig fördern.

Nach Angaben des UNHCR stammen viele der Flüchtlinge aus Niger und der Elfenbeinküste. Diese Länder sind exemplarisch für Misswirtschaft und schlechte Regierungsführung. Die vergangene Hungersnot in Niger wäre durch eine kompetente Verwaltung vermeidbar gewesen, der Bürgerkrieg in der



Christian Ruck

Elfenbeinküste ist völlig unverantwortlich. Die Bevölkerungszahl des afrikanischen Kontinents wird drastisch steigen und der darauf folgende Migrationsstrom auf Europa auch. Es ist allerhöchste Zeit, dass Europa eine durchdachte und nachhaltige Afrikapolitik betreibt. Wir dürfen die Flüchtlinge nicht abschieben, wir müssen Afrika anschieben.

Christian Ruck ist Entwicklungspolitiker Fraktionssprecher.

Schutz und bessere Koordination durch gemeinsames Kommando von OEF und ISAF

Die von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer angedachte Entsendung von bis zu 6000 zusätzlichen Soldaten der NATO-Truppen nach Af-

ghanistan ist zu begrüßen. Deutschland hat seinen Beitrag zugesagt und darf dies auch von den Bündnispartnern erwarten.

Da auch nach Parlamentswahlen eine Entspannung der Sicherheitslage am Hindukusch nicht zu erkennen ist, muss das Land in seinem Stabilisierungsprozess weiter unterstützt werden. Das Engagement Deutschlands und seiner Verbündeten kann jedoch nur eine Übergangsphase sein. Politisches wie militärisches Ziel des Einsatzes bleibt neben der Eliminierung der Brutstätten des Terrors vor allem die Hilfe zur Selbsthilfe. Mittelfristig muss das Engagement reduziert und die Verantwortung an die afghanische Regierung übergeben werden. Eine neue Bundesregierung tut gut daran, die Einsätze in Afghanistan pragmatisch zu behandeln, in enger Kooperation mit den Verbündeten durchzuführen und die Rückführung im Auge zu behalten.

Die Diskussion, ob und wenn ja, in welcher Form ISAF und „Enduring Freedom“ besser miteinander verzahnt werden könnten, scheint von manchen aus einem kurzatmigen Abgrenzungsbedürfnis gegenüber den Amerikanern und nicht aus nüchterner Überlegung geführt zu werden. Wer weiter auf einer



Christian Schmidt

strikten Trennung beharrt, übersieht, dass bei einer Ausdehnung von ISAF auf ganz Afghanistan sich schon zwangsläufig ISAF und OEF als parallele Einsätze eng abstimmen müssen. Die Kämpfer der Taliban und andere Terroristen halten sich vermutlich an keine Unterscheidung in ISAF und OEF, sondern bedrohen alle ausländischen Soldaten und eigene Landsleute ohne Rücksicht. Allein schon zur Sicherheit der Soldaten und Erhöhung ihres Schutzes ist eine optimierte Verknüpfung der Missionen daher zweckmäßig, da sie neben Synergieeffekten auch eine bessere Koordination gewährleistet. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass auch die Bundeswehr vom Mandat her an beiden Operationen beteiligt sein kann.

Christian Schmidt ist verteidigungspolitischer Fraktionssprecher.

Jetzt die Union stärken!

Die Wähler haben entschieden: Rot-Grün ist abgewählt. Die Bundestagswahl hat die Union zur stärksten Fraktion im Deutschen Bundestag gemacht. Das ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, denn christlich-demokratische Politik wird von den Menschen für die Menschen gemacht.

CDU/CSU und SPD verhandeln jetzt über die Bildung einer Großen Koalition unter Führung der Union und einer Kanzlerin Angela Merkel. Die Große Koalition ist kein Wunsch der Union – sie ist die Konsequenz aus dem Wahlergebnis und damit „Bürgerauftrag“.

Für erfolgreiche Verhandlungen braucht die CDU gerade jetzt die Unterstützung durch aktive und engagierte Mitglieder. Neue Mitglieder stärken durch ihren Beitritt die Politik der Union. Die CDU wird daher die kommenden Wochen nutzen, um durch engagierte Mitglieder-

werbung neue Mitglieder für den politischen Kurs der Union zu bekommen.

5 Gründe sprechen dafür, gerade jetzt in die CDU einzutreten:

1. In Deutschland wird Geschichte geschrieben! Wer jetzt der CDU beitrifft, ist als Mitglied dabei, wenn mit Angela Merkel eine Frau aus der Union die erste Bundeskanzlerin wird.

2. Neue Mitglieder zeigen, dass sie die Union unterstützen. Sie geben der neuen Bundesregierung den Schwung einer starken und wachsenden CDU mit auf den Weg.

3. Alle Mitglieder der CDU erhalten stets aktuelle Informationen, z. B. in unserem internen Mitgliedernetz – umfassender als aus der Zeitung oder dem Fernsehen.

4. Im Wahlkampf wurden viele unserer Positionen falsch dargestellt. CDU-Mitglieder können dazu beitragen, unsere Positionen richtig und umfassend zu vermitteln.

5. Mitglieder gestalten Politik! In der CDU wachsen Beschlüsse von unten nach oben, vom Ortsverband bis in die Bundespolitik. Neue Mit-

glieder bringen neue Ideen mit ein! Für eine erfolgreiche und verantwortungsvolle Politik.

Unterstützung im Internet

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat kurzfristig eine Werbekampagne vorbereitet. Informationen finden Sie unter www.cdu.de. Neu abzurufen sind:

- Ein Flugblatt: 5 Gründe, warum Sie jetzt eintreten sollten.

- Die FAQ-Liste: Unsere Antworten auf die häufigsten Fragen.

- Ein Online-Beitrittsformular (auch auszudrucken).

- Für Onliner: Eine Fotostrecke zur Geschichte der CDU.

Weiteres umfangreiches Material finden Sie unter www.cdunet.de. Hier sind u.a. Zielgruppenflugblätter zur direkten Ansprache von älteren oder jüngeren Interessenten oder von Frauen eingestellt.

Erfolgreiche Politik wächst aus einer erfolgreichen Partei.

Helfen Sie mit: Wer die CDU im Wahlkampf unterstützt hat oder ihr nahe steht, sollte angesprochen werden. Jetzt ist eine besondere Zeit!



Viel bewegen. Mitglied werden.

www.cdu.de 

Broschüre
„Viel bewegen Mitglied werden.“

Mitgliederwerbeproschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: **5076**
 Preis je **50 Stück: 18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €



Leporello
„Willkommen in der CDU“

Bestell-Nummer: **5932**
 Preis je **100 Stück: 16,50 €**
 inkl. MwSt.: 17,66 €



Service-Scheckheft
 Service-Scheckheft der CDU Deutschlands zur
 Mitgliederwerbekampagne

Bestell-Nummer: **9075**
 Preis je **50 Stück: 25,50 €**
 inkl. MwSt.: 27,29 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Viel bewegen. Mitglied werden.

Heute für die CDU



Aufnahmeantrag
mit abtrennbarem Abfragebogen für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: **6719**
Preis je **200 Stück: kostenlos**

Ich beantrage die Aufnahme in die CDU als Mitglied und bestätige, dass ich bereit bin, die CDU-Mitgliedsbeiträge zu zahlen und meine Mitgliedschaft zu unterstützen. Ich bestätige, dass ich keine andere Partei oder andere politische Organisation angehöre, die die CDU als Mitgliedsorganisation anerkennt.

Ich habe Ihre Informationen über die Mitgliedsarten und Beiträge erhalten und bin bereit, diese zu zahlen.

Name, Vorname: _____ Nachname: _____
Straße: _____ PLZ: _____ Wohnort: _____
Geburtsort: _____ Geburtsdatum: _____
Geburtsort: _____ Geburtsdatum: _____

Ich zahle einen Monatsbeitrag von € _____ Als Aufnahmegebühr zahle ich € _____

Ich bin ein/e: männlich weiblich sonstiges Ich bin ein/e: Deutsch Nicht-Deutsch

Ich bestätige, dass ich bereit bin, die Mitgliedsbeiträge zu zahlen und meine Mitgliedschaft zu unterstützen.

Monatsbeitrag von € _____ in Worten: _____
männlich weiblich sonstiges Ich bin ein/e: Deutsch Nicht-Deutsch

Geburtsort: _____ Geburtsdatum: _____
Geburtsort: _____ Geburtsdatum: _____

Bitte beachten Sie, dass Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien steuerlich absetzbar sind.

Aufnahmeantrag
Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**
Preis je **200 Stück: kostenlos**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de